

ZUSAMMEN GEHT MEHR

Tarifrunde im Öffentlichen Dienst

WARNSTREIK!

Kein Angebot - Positives Signal an Beschäftigte bleibt aus

Die erste Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten bei Bund und den Kommunen am 24. Januar 2023 verlief ohne eine Annäherung. Ein positives Signal an die Beschäftigten ist ausgeblieben.

Die Arbeitgeber sehen es nicht als ihre Aufgabe, Preissteigerungen und Reallohnverluste bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auszugleichen. Ein Mindestbetrag wurde genauso rundheraus abgelehnt wie eine kurze Laufzeit. Der Fachkräftemangel wurde nur für obere Entgeltgruppen anerkannt.

Dies zeigt, dass Bund und Kommunen noch immer nicht verstanden haben, wie die aktuelle finanzielle Lage ihrer Beschäftigten insbesondere in den unteren und mittleren Entgeltgruppen aussieht.

Jetzt gilt es den Forderungen Nachdruck zu verleihen!

Wir fordern vom Bund und den Kommunen (VKA):

- Steigerung der monatlichen Tabellenentgelte um 10,5 Prozent, mindestens jedoch um 500 Euro im Monat
- Auszubildende, Studierende und Praktikant*innen sollen 200 Euro mehr im Monat erhalten
- Laufzeit: zwölf Monate
- unbefristete Übernahme der Auszubildenden nach erfolgreicher Ausbildung

**Wir rufen daher Tarifbeschäftigte, Auszubildende,
Praktikant*innen und Studierende**

**am Freitag, den 17.02.2023
(ganztägig)**

**Bei der Stadt Frankfurt und ihrer Eigenbetriebe zum Warnstreik auf!
Ab 8 Uhr, DGB-Haus, Frankfurt**

Die persönliche Ansprache erfolgt durch die jeweilige Streikleitung!
Die Anweisungen der Streikleitung sind zu befolgen!